

WANDERUNG IN SONNTAGSKLEIDERN

DIE ALPFAHRTEN UND DIE NUTZUNG ALPINER WEIDEN SIND EIN EINDRÜCKLICHES BEISPIEL DES ZUSAMMENLEBENS VON MENSCH UND NUTZTIEREN IN EINER MANCHMAL RAUEN NATUR. DABEI SPIELEN GENOSSENSCHAFTEN EINE WICHTIGE ROLLE.

Text: Martin Arnold

Ein feiner Sprühregen peitscht aus Appenzell her durch die Hauptstrasse von Brülisau. Es ist empfindlich kalt, wer nur dasteht und fröstelnd den Kragen hochzieht, ist wohl ein Zuschauer. Die eigentlichen Akteure in diesem traditionellen Spektakel sind kleine Kinder, Sennen und Bauern und viele Kühe, Rinder, Ziegen und ein Pferd inklusive Lediwagen. Die Zweibeiner tragen ihre Tracht mit den kurzen Ärmeln an diesem kühlen Juni-Vormittag. Doch das stört keinen der Begleiter von Meinrad Koch. Seine fünf Söhne, Sennen und Helfer machen beim «Öberefahre» mit: Der Alpaufzug, der meist irgendwann in der ersten Junihälfte stattfindet. Für Meinrad Koch und seine Truppe bedeutet klingelt der Wecker um zwei Uhr nachts. Dann werden die Kühe gemolken und alles wird vorbereitet. Schliesslich gibt's ein Frühstück. Abmarsch in Gonten ist um fünf Uhr morgens. Um sechs passiert die Gruppe den Kantonshauptort Appenzell und kurz vor acht Brülisau. Dann geht es schnell steil bergauf, dem Hohen Kasten entgegen, der sich in den tief hängenden Wolken verliert.

Auch wenn selbst in Appenzell Frauen inzwischen abstimmen dürfen, das «Öberefahre» ist noch reine Männersache. Frauen sind bei Alpfahrten im Kanton Appenzell Innerrhoden nie dabei. Mag sein, dass Bräuche besonders im Innerrhodischen noch lange Traditionen genannt werden, wo man sie anderswo als alte Zöpfe abschneidet. Doch darüber macht sich jetzt niemand Gedanken. Menschen und Tiere schreiten in gebückter Haltung fast im Gleichschritt feierlich bergan. Es ist eine Prozession. Manchmal müssen die Kühe stehen bleiben und zuschauen, wie ihre Treiber ein Glas Wein oder eine Tasse Kaffee geniessen, die ihnen Leute am Wegrand anbieten. Andere Zuschauer rufen einfach «Wönsch Glöck» und wünschen den Sennen somit einen angenehmen Alpsommer ohne grössere Zwischenfälle.

Es ist Braunvieh, dass fast schon elegant die steile und durch Kuhfladen schmierig gewordene Teerstrasse Richtung Restaurant Ruhsitz hoch trottet: Allein voran der Geissenbueb Benjamin, der jüngste Sohn von Meinrad Koch mit den verspielten weissen Geissen, die schnell trippeln und von den Helfern Luzia und Hansueli zurückgehalten werden müssen. Luzia und Hansueli sind Patenkinder der Familie Koch und genauso gerne dabei wie alle übrigen Teilnehmer.

Meinrad Koch, Präsident der Genossenschaft Alp Soll



Den Geissen folgt der Senn, der den Sommer auf der Alp verbringen wird. Er heisst Philipp, ist Lehrling und trägt die traditionellen gelben Hosen. Ihm folgen drei Schellkühe mit grossen Glocken. Hinterher schreiten vier Männer – ebenfalls in Festtagstrachten. Es sind Sennen und Helfer, die auch den Fahreimer hoch tragen, der mit Senntumsmalereien, dem so genannten «Bödeli», geschmückt ist. Danach folgen die Herde und zwei Springbuben, welche die Kühe zurücktreiben, wenn sie auf Abwege geraten. Die vier Männer in Festtagskleidung tragen später auch abwechslungsweise die schweren Schellen, wenn das Gelände unwegsam wird. Kaum oben angekommen, werden die Schellen im Dreiklang geschwenkt und dienen als Untermalung für ein Innerrhoder Rug-guserli. Es entspricht dem Jodel Zäuerli im ausserrhodischen Nachbarkanton und ist ein musikalischer Ausdruck von Freude für das gelungene Öberefahre.

Ideale Rasse für die Berge

Das Braunvieh verteilt sich auf der Alp übermütig, über die kniehohe, blühende Alpfrühlingswiese. Ihre Lebensfreude ist spürbar und auch Meinrad Kochs Zufriedenheit ist ersichtlich. Er hat seine Tiere gern und denkt nicht daran, dem Trend zu folgen und auf seine braune Zweinutzungsrasse zu verzichten. «Reine Fleischkühe wären zu schwer und würden die Alp beschädigen. Und hätte ich reine Milchkühe, wäre es unwirtschaftlich, wenn sie auf der Futtersuche durch das Gelände klettern müssten. Dann geben sie nämlich nicht mehr viel Milch.» Seine Tiere sind während des Sommers auf zwei Alpen verteilt, welche zusammen 53 Stösse ergeben, also 53 Grossvieheinheiten, die dort weiden dürfen. Eine Grossvieheinheit ist eine erwachsene Kuh, die zwei Rindern oder drei Kälbern entspricht. So kann er die rund 20 Hektar Land, die er in Gonten bewirtschaftet, für die Futterproduktion benutzen. Damit lässt sich selbst im rauen Appenzell der Winter überstehen.

Das «Öberefahre» mit seiner ganzen Festlichkeit, die Nutzung und Pflege der Alp, die Tiere und ihre Milch, die er zu einem Teil für den privaten Gebrauch zu Käse und Butter verarbeitet, aber auch die Nutzung der Tiere für die Fleischproduktion, die Alpstobete – dies alles sind für Meinrad Koch feste Bestandteile eines nachhaltigen und naturnahen Jahreskreislaufes. Er, der schon den 33. Sommer auf der Alp ist, folgt ihm, ohne Zweifel und sehr oft mit einem Lächeln im Gesicht. Meinrad Koch trägt gerne Verantwortung: Gegenüber seiner fünfköpfigen Bubenschar, seiner Frau Maria, mit der er den Hof führt, gegenüber seinen Tieren und gegenüber der Alp, deren Genossenschaft er seit 12 Jahren als Präsident vorsteht. Sie heisst Alp Soll und erstreckt sich am Fusse des nun langsam hinter den Wolken hervortretenden Hohen Kastens zwischen dem Bergrestaurant Ruhsitz und Plattenbödeli. 12 Alprechtsbesitzer, die zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen sind, haben das Recht, hier Tiere weiden zu lassen. Dass der Alpaufzug in dem Hundewetter ohne Zwischenfälle abläuft, ist keine Selbstverständlichkeit. Einmal wich eine Kuh abrupt zurück. Dies brachte die gleich dahinter stehende Kuh zu Fall. Solche kleinen Pannen wie auch die vollkommen durchnässten Schuhe, die Meinrad Kochs Sohn Samuel irgendwann resigniert auszog, gehören zu einem Alpaufzug und

bieten bei der Ankunft unterhaltsamen Gesprächsstoff. Noch am selben Tag erscheint der von den Genossenschaffern gewählte Alpmeister und zählt die Kühe. Die Alp darf von 269 Kühen bestossen werden. Jedoch werden nur etwa 180 Kühe auf die Alp gebracht, der Rest wird mit Jungvieh bestossen. Das Alter einer Kuh lässt sich anhand des Gebisses feststellen. Wer zuviel auftreibt, muss dies mit den sogenannten Übertreibungstaxen begleichen.

Frondienst für die Gemeinschaft

Tags darauf tagt die Alpgemeinde. Vertreten sind nun nicht unbedingt die Genossenschaffter, sondern all jene, welche den Sommer auf der Alp verbringen werden. Sie besprechen die von den Genossenschaffern verfasste Alpverordnung. Diese kleine Verfassung garantiert den nachhaltigen Fortbestand des Weidegebietes. So bleiben die Kühe im ersten Monat nachts in den Ställen, damit die Alp nicht überdüngt und überbelastet wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Alpen, wo Wiesenkerbel oder Alpenkratzdisteln dominieren, gibt es hier eine gewisse Artenvielfalt. Ausserdem kann so die Alpzeit verlängert werden. Die Alpgemeinde bespricht auch die Arbeiten, die im Rahmen des Frondienstes geleistet werden müssen. Jeder Senn schuldet der Gemeinde pro Sommer vier Frondiensttage. Im Rahmen dieses Frondienstes müssen nun einige Weiden von Steinen gesäubert werden, welche Lawinen mitgerissen haben. Ausserdem müssen umgestürzte Bäume weggeschafft werden. Die Genossenschaft Alp Soll verfügt über ein Wegnetz von fünf Kilometern. Zuständig für diesen Unterhalt ist die Flurgenossenschaft Alpwege Alp Soll. Es sind zwar mehrheitlich dieselben Mitglieder wie bei der Alpgenossenschaft, aber dank der getrennten Verantwortlichkeit gibt es Bundesbeiträge für den Wegunterhalt.

Die Organisation der Alp läuft nicht ganz ohne Konflikte ab. Das Tierschutzgesetz schreibt vor, dass ab 2013 auch auf den Alpen jede Kuh im Stall über eine gewisse Liegeplatzgrösse verfügen muss. Viele sind kleiner, als das zukünftige Gesetz es haben will. Dies setzt Investitionen voraus. Viele Alprechte sind seit Generationen in Familienbesitz, von denen viele ausserhalb des Kantons wohnen und meistens auch keine Landwirte mehr sind. Die meisten stufen eine Investition für einen Alpstall als nicht mehr rentabel ein. Vielmehr nutzen sie die Hütte, in der ein Senn im Sommer lebt, als vermietbare Ferienwohnung. Das trägt mehr Geld ein, bringt aber gleichzeitig die Alpkultur in Gefahr.

Doch das sind grundsätzliche Gedanken, die sich Meinrad Koch zu Beginn eines Alpsommers nicht machen will. Sein Lehrling ist Senn auf dem einen Alprecht. Er selber ist den Sommer über auf der anderen Alp verantwortlich. Ein Höhepunkt des Alpsommers ist das erste Augustwochenende. Dann ist Stobete. Ein gemütliches Älplerfest wo musiziert, getanzt und gesungen wird. Die Stobete verteilt sich auf die Restaurants Plattenbödeli und Ruhsitz und dauert drei Tage. Meinrad Koch lacht: «Dann muss man ziemlich fit sein.»

**SOZIALPOLITISCHE
GENOSSENSCHAFTEN
VERFOLGEN ZIELE, DIE
ÜBER DEN SELBSTHILFE
GEDANKEN HINAUS
AUCH DIE GESELLSCHAFT
VERÄNDERN SOLLEN.**

HARTNÄCKIGE GRÜNDER, BIENENFLEISSIGE FÖRDERER

DIE 1975 GEGRÜNDETE GENOSSENSCHAFT OIKOCREDIT IST DER PIONIER DES SOZIALEN INVESTMENTS IN DER DRITTEN WELT. DER ERFOLG IST DER HARTNÄCKIGKEIT DER GRÜNDER UND DEM BIENENFLEISS DER FÖRDERKREISE ZU VERDANKEN, DIE DEN GROSSTEIL DES GELDES ZUR VERFÜGUNG STELLEN.

Text: Urs Fitze

Eine Genossenschaft, die Geld einsammelt und damit Kredite in der dritten Welt vergibt? Also eine Art Bank? Oder doch nicht? Für die zuständigen Finanzaufsichtsbehörden in der Schweiz und in Deutschland war zu Beginn der 1970er-Jahre klar: So etwas konnte es schlicht nicht geben. Sie verweigerten ihre Zustimmung zur Gründung der – vom ökumenischen Weltkirchenrat angeregten – weltweit tätigen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit. Die Begeisterung und der Durchsetzungswille des niederländischen Finanzministers und späteren Präsidenten der europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, bewirkten schliesslich doch, dass es 1975 zur Gründung kam. Duisenberg hatte sich die Argumente der Gründer angehört und noch am selben Tag ein Fachgremium einberufen, das die notwendigen rechtlichen Schritte einleiten sollte. So kam es zu einer bis heute gültigen Vereinbarung mit der niederländischen Regierung: Oikocredit ist steuerbefreit, darf aber nur maximal zwei Prozent Dividende an die Mitglieder und Kapitalgeber ausschütten. Sieben Jahre hat es gebraucht, um einer Idee zum Durchbruch zu verhelfen, die 1968 bei der Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen in Finnland erstmals präsentiert worden ist. Es ging um Ethik, um das Geld der Kirchen, das auch in Rüstungsfabriken und Unternehmen mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen steckte, und es ging um die Frage, ob es jenseits von Mission und Entwicklungshilfe nicht auch eine Verantwortung der Besitzenden gibt, zu teilen und etwas zu unternehmen gegen die ungerechte Verteilung von Einkommen und Reichtum. Die Kirchen sollten Vorbild sein und das Heft selbst in die Hand nehmen. So kam es zu einem historischen Beschluss, das Modell einer kirchlichen Weltbank zu entwickeln, um über Spenden hinaus auch Teile des kirchlichen Vermögens für die Entwicklungsförderung zur Verfügung zu stellen: teilen statt herrschen.

Die sieben Jahre bis zur Gründung von Oikocredit spiegeln auch den revolutionären Charakter dieser Geschäftsidee. Heute würde man von sozialem Investment und gesellschaftlicher Verantwortung sprechen. Damals mussten Geschäftsmodell und Vokabular erst entwickelt werden. Vor dem Hintergrund



Ben Simmes, Geschäftsführer Oikocredit International

der Vision des «ökumenischen Teilens» drängte sich die Form der Genossenschaft auf. Damit sollte das potenzielle Machtgefälle der Mitglieder aus Nord und Süd entschärft werden.

Zurückhaltende Kirchen

Drei Jahre sollten nach der Gründung vergehen, bis der erste Kredit über 200'000 US-Dollar an den Fondo Ecuatoriano Populorum Progressio in Ecuador vergeben werden konnte. Die Geldbeschaffung hatte sich als weit schwieriger erwiesen als erwartet. Vor allem die Kirchen hielten sich stark zurück. Man betrachtete Oikocredit als Konkurrenz zu den kirchlichen Entwicklungsdiensten, zeigte sich aber auch wenig bereit, auf neue Ideen einzusteigen. Es war die kirchliche Basis, die das anders sah. Erste Förderkreise bildeten sich, man sammelte Geld und stellte es Oikocredit zur Verfügung. Bis heute sind es die Förderkreise in ganz Europa und in Nordamerika, die vier Fünftel des Kapitals zur Verfügung stellen. Die finanzielle Zurückhaltung der Kirchen ist geblieben. Sie bilden indes nach wie vor die Mehrheit der knapp 500 Genossenschafter, von der Landeskirche über die Diözese bis zur Kirchgemeinde. Auch Kirchen aus Entwicklungsländern sind vertreten.

Die Macht der Förderkreise ist beschränkt: Die acht Förderkreise aus Deutschland, die die Hälfte des Oikocredit-Kapitals zur Verfügung stellen, haben nur acht Stimmen an der Vollversammlung. Auch von Seiten der Kreditnehmer gibt es Mitgliedschaften, allerdings nur auf Einladung von Oikocredit. «Wir können nicht alle aufnehmen, sonst wären die Gewichte zu stark in Richtung jener verschoben, denen wir Geld leihen», sagt Oikocredit-Geschäftsführer Ben Simmes. Der informelle Einfluss der Förderkreise, die mit grossem Engagement mitmachen, sei indes weit grösser. Oikocredit ist heute mit einem Kapital von 625 Millionen Euro und knapp 500 Millionen an vergebenen Krediten eine feste Grösse als Darlehensgeber in Entwicklungsländern. Der Grossteil der Darlehen fliesst an Mikrofinanz-Institute, weil sich damit die grösste Wirkung erzielen lasse, sagt Simmes. Aktuell profitieren rund 26 Millionen Menschen direkt oder indirekt von den Krediten. Die klassische Kreditvergabe an Genossenschaften ist etwas in den Hintergrund getreten, zum einen, weil Genossenschaften in der dritten Welt zuweilen der lange Atem fehle, zum andern, weil der Kreis jener, die profitieren, kleiner sei als bei der Mikrofinanz.

Professionelle Kreditvergabe

Die Kreditvergabe ist heute so professionell wie bei jeder Bank. Nur der Fokus ist ein anderer. Es gibt klare ethische und soziale Richtlinien. Die Mitarbeiter vor Ort entscheiden nicht aufgrund von Akten, sondern nach einem Besuch im Unternehmen. Grössere Kredite müssen in der Zentrale in Amersfoort in den Niederlanden genehmigt werden. Der Erfolg gibt dem Konzept Recht: Der Rücklauf ist ausserordentlich hoch und liegt bei annähernd 100 Prozent. Die Nachfrage nach Krediten, die mit einer Laufzeit von maximal zehn Jahren vergeben werden, ist gross und kann mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht befriedigt werden. Seitens der Kapitalgeber zeigen sich Kirchen,

aber auch Pensionskassen unverändert zurückhaltend, obwohl ethisches Investment nun schon seit gut einem Jahrzehnt in aller Munde ist. Manchmal sei es generelles Misstrauen, manchmal der als zu gering erachtete Zins von zwei Prozent, der als Grund herhalten müsse, sagt Ben Simmes. «Dabei fliesst sämtliches Geld, das wir darüber hinaus verdienen, vollumfänglich in unsere Arbeit, ist also gut und ethisch anspruchsvoll investiert. Das müsste doch eigentlich im Sinne dieser Institutionen sein». So sind es letztlich zwei Faktoren, die den Erfolg Oikocredit ausmachen: der vor 40 Jahren hartnäckig und erfolgreich durchgesetzte, von kirchlichen Kreisen getragene Wille zum sozialen Investment und zum Aufbau einer demokratisch strukturierten Genossenschaft, und der Bienenfleiss der Förderkreise, die im besten Sinne Basisarbeit leisten und mit ihrem Geld das Wirken von Oikocredit erst ermöglichen.

Oikocredit in Ecuador

Oikocredit arbeitet seit 1978 mit Projektpartnern in Ecuador zusammen. Ein eigenes Länderbüro besteht seit 2004. Aktuell sind Kredite an 28 Mikrofinanzinstitutionen (MFI) und fünf produktive Organisationen sowie kleinere Unternehmen vergeben. Das Kreditportfolio in Ecuador beträgt 25 Mio. Dollar. Die Höhe der einzelnen Kredite schwankt zwischen 60'000 und 3'000'000 Dollar. Die meisten Partnerorganisationen in Ecuador sind Spar- und Kreditgenossenschaften sowie Nichtregierungsorganisationen (NGO). Oikocredit erreicht damit über 500'000 Mikrounternehmer. Die Organisation finanziert zudem drei Fairtrade-Unternehmen, darunter einen Verband von Kaffeeproduzenten sowie einen Verband von Bananen- und Kakaoproduzenten. Daneben unterstützt Oikocredit eine Schokoladenproduktionsfirma sowie eine NGO, die Kunstgewerbe verkauft und im Öcotourismus aktiv ist.

«WIR SIND AUCH IN DER KRISE DA»

Fernab von Erdöl, Shrimps und Palmöl lebt und arbeitet die Mehrheit der Bevölkerung Ecuadors in der Schattenwirtschaft. Ein Gespräch mit Lorena Torres, der Länderverantwortlichen der internationalen Entwicklungsgenossenschaft Oikokredit, über das Leben der einfachen Landbevölkerung.



Lorena Torres, Länderverantwortliche Ecuador der Genossenschaft Oikokredit.

Lorena Torres, bitte beschreiben Sie Ecuadors Wirtschaft. Das Land exportiert Erdöl und Agrarprodukte sowie Shrimps, Schnittblumen und Palmöl. Hier dominieren grosse Firmen, kleine und mittlere Unternehmen sind fast inexistent. Diese boomenden Sektoren können aber nur einem kleinen Teil der Bevölkerung Arbeit und Brot bieten. Die Mehrheit lebt ausserhalb von ökonomischen Statistiken und Steuerrechnungen in der Schattenwirtschaft, dem informellen Sektor. Hier geht es primär ums tägliche Überleben.

Wie funktioniert dieser informelle Sektor? Man lebt von dem, was sich gerade anbietet. Nehmen wir eine Bauernfamilie irgendwo auf dem Land. Sie besitzt einen

Acker, den sie in der warmen Jahreszeit mit Tomaten bepflanzt. Das Geld, das sich damit verdienen lässt, reicht nicht, um im Winter über die Runden zu kommen. Vielleicht findet ein Familienmitglied eine Arbeit als Tagelöhner, vielleicht auch nicht. Oder die Familie hat eine Idee und will ein Restaurant oder einen kleinen Laden eröffnen. Doch wie kommt sie an einen Kredit? Es gibt Verleiher, die Wucherzinsen von zehn Prozent pro Monat verlangen – eine Schuldenfalle, aus der es kaum ein Entrinnen gibt. Die grossen Finanzinstitute haben wiederum kein Interesse an der Kleinkredit-Vergabe. Hier bieten die Mikrofinanzinstitute eine Alternative. Sie verlangen vergleichsweise moderate Zinsen mit einer Obergrenze von 23 Prozent pro Jahr.

Das ist auch nicht gerade wenig. In Europa würde man von Wucher sprechen.

In Lateinamerika ist die Ausgangslage eine andere, gerade im informellen Sektor. Die Kreditprüfung ist die grosse Herausforderung. Es gibt ja keine verlässlichen Angaben zu den Kreditnehmern, keine Steuerdaten, Businesspläne oder Jahresabschlüsse.

Welche Rolle spielt Oikokredit? Wir verleihen Geld an Mikrokreditinstitute, die teilweise eine wichtige Rolle als Sparkassen für die kleinen Leute spielen. Die Gelder, die etwa die Spar- und Kreditgenossenschaften verleihen, sind bis zu

90 Prozent solche Spargelder. Indirekt erreichen wir in Ecuador mit unseren Krediten rund eine halbe Million Menschen.

Zu welchen Konditionen geben Sie Geld? Die Zinsen liegen zwischen acht und neun Prozent pro Jahr, das Geld muss in der Regel binnen vier bis sechs Jahren zurückbezahlt werden. Damit liegen wir deutlich über den staatlichen Fonds in Ecuador, die Gelder an die Mikrokreditbanken mit Jahreszinsen um die fünf Prozent verleihen. Doch leider hapert es dort an der Kreditaufsicht, und die Rückzahlungsquoten lassen sehr zu wünschen übrig. Das Geld ist also in kurzer Zeit verloren. Auch die Rückzahlungsfristen sind mit durchschnittlich einem Jahr viel zu kurz. Das ist wenig nachhaltig.

Oikokredit spielte in der dritten Welt eine Pionierrolle auf dem Mikrofinanzsektor. Heute machen auch Fonds wie ResponsAbility mit. Was halten Sie davon? Grundsätzlich ist natürlich jede Unterstützung willkommen. Im Falle von ResponsAbility bin ich etwas skeptisch. Der Fonds investiert im Falle von Ecuador und Peru vor allem in gut etablierte Mikrokreditbanken. Nach der Finanzkrise 2008, die auch Ecuadors Wirtschaft schwer getroffen hat, zog sich ResponsAbility zurück und ist erst jetzt wieder aufgetaucht. Wir sind geblieben, trotz der hohen Risiken. Unser Platz ist an der Seite der Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind.

Das heisst, Sie gehen höhere finanzielle Risiken ein als ResponsAbility? Ja, aber das hat auch damit zu tun, dass deren Fonds-Manager wenig vertraut sind mit den örtlichen Gegebenheiten. Wir kennen unsere Klienten aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit. Das schafft die nötige Vertrauensbasis. Da lässt man sich auch durch eine Krise nicht gleich kopfscheu machen.

Ecuadors Palmölwirtschaft boomt. Wie beurteilen Sie die Entwicklung?

Sehr kritisch. Für viele der neuen Plantagen wird Regenwald abgeholzt, die lokale Bevölkerung wird zum Verkauf genötigt und verliert damit die existenzielle Basis, ohne dass dafür adäquater Ersatz in Form von bezahlter Arbeit geboten wird. Wir hatten ein Kreditgesuch einer international tätigen Firma auf dem Tisch, die Palmölplantagen anlegen wollte. Wir haben dankend abgelehnt. Und Kleinbauern, die allenfalls in Frage kämen, gibt es in diesem Sektor schlicht nicht.

Zur Person: Lorena Torres ist seit 2004 Länderverantwortliche für Oikokredit in Ecuador und betreut alle ecuadorianischen Projektpartner. Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin aus Ecuador ist auf nachhaltige Entwicklung spezialisiert. Lorena Torres hat seit 1998 bei verschiedenen ecuadorianischen Banken gearbeitet und dabei wichtige Erfahrungen in der Kreditvergabe gesammelt. Sie war unter anderem vier Jahre bei der Procreditbank in Ecuador tätig, die auch Mikrokredite vergibt.

MIT ENGAGEMENT BEI DER ARBEIT

DAS RESTAURANT KREUZ IN SOLOTHURN IST DIE ÄLTESTE GENOSSENSCHAFTSBEIZ DER SCHWEIZ. NACH FAST 40 JAHREN HAT SICH VIEL VERÄNDERT. WIE IN EINER FAMILIE FÜHLEN SICH DIE MITARBEITER ABER AUCH HEUTE NOCH.

Text: Martin Arnold

Die Aare ist hier kein träger Strom. Sie ist ein lebendiger Fluss mit Zug, mit Wirbeln und Gegenströmungen. Ein wenig unberechenbar vielleicht, sicher aber erfrischend. Einen Katzensprung von ihrem Ufer entfernt, findet sich mitten in der Stadt Solothurn das Kreuz: die erste Genossenschaftsbeiz der Schweiz. Sie hat eine bewegte Geschichte hinter und wohl viele interessante Jahre vor sich.

Genossenschaftlich, selbstverwaltet und basisdemokratisch – dies bedeutet endlose Diskussionen, Meinungen, Gegenmeinungen und Streitereien. Aber auch viel Gelächter und gute Stimmung. «Wir sind sicher mit mehr Engagement und Gefühl bei der Arbeit als anderswo», erklärt Felix Epper. Er ist Sekretär, Vorstands- und Genossenschaftsmitglied und stammt aus Gossau bei St. Gallen. Als Sekretär hat er eine Art Scharnierfunktion. Er pflegt den Kontakt zu Behörden und Medien. Im Kreuz arbeitet er seit zwölf Jahren, auch re-

gelmässig an der Front. Die Front, das ist der Service, und da geht es oft hektisch zu. Längst sind die Zeiten vorbei, als das Kreuz ein Synonym für eine verrauchte Kneipe mit sinnierenden Intellektuellen war, die sich hier ihr Bierchen zum Feierabend gönnten. «Erwähnen Sie mir bloss nicht die Prominenten, die hier angeblich ständig anzutreffen seien», bittet Felix Epper inständig. Er sei ein gebranntes Kind, seit die NZZ in einem Artikel das Kreuz auf Peter Bichsel und andere bekannte Persönlichkeiten reduziert und der Autor des Internetlexikons Wikipedia dies auch noch übernommen habe. Für den Ostschweizer, der in Solothurn eine neue Heimat gefunden hat, ist hingegen klar: «Bei uns ist jeder Gast willkommen.» Diese Gäste können aber vor allem an den Wochenenden nicht mehr erwarten, dass immer ein Tisch frei sei, es muss reserviert werden, wie in anderen Restaurants. Das Kreuz ist bekannt und

geschätzt für seine kreative Küche, deren Zutaten zwar nicht immer Bio und auch nicht immer aus der Region, stets aber frisch sind.

Eine offene Stadt

Als genossenschaftlich geführtes Restaurant wurde das Kreuz im Jahr 1973 gegründet, in einer Zeit, als in anderen Schweizer Städten noch die meiste Energie dafür verwendet wurde, den Jungen kreative Flausen auszutreiben. Wieso ist ausgerechnet in dieser katholisch geprägten Kleinstadt mit der St. Ursen-Kathedrale im Rücken und dem alten Spital mit seiner Kirche in Sichtweite die erste Genossenschaftsbeiz der Schweiz gegründet worden? Felix Epper sagt: «In der Stadt weht im Grunde genommen ein offener, liberaler Geist. Man kennt und vertraut einander über Generationen hinweg.» Die Mehrheit der Gründergeneration positionierte sich politisch links, dennoch wurde die Gründung der Genossenschaft Kreuz bis weit in das bürgerliche Lager hinein unterstützt. Einer der frühen Förderer war der 1994 verstorbene Schriftsteller Otto F. Walter.

Das Lokal war vor seiner Umwandlung in eine Genossenschaftsbeiz eine schmutzige Hafenkneipe, wenn auch der Begriff Hafen in Solothurn an der Aare etwas präzisiert werden muss. Neben dem Kreuz befindet sich, 20 Meter aareaufwärts, eine kleine Anlegestelle. Sich hier beispielsweise Matrosen und Damen des leichten Gewerbes vorzustellen, wäre übertrieben. In jener Zeit verbreitete sich jedoch der Drogenkonsum unter Jugendlichen stark, und die Mole am Landhausquai war einer jener Orte, wo sie sich trafen. Die Beiz kann auf eine jahrhundertelange Tradition verweisen: Das Kreuz wurde 1601 als Restaurant «zum Chrütz» gegründet. Ab 1629 wurde von hier aus eine Fähre über die Aare betrieben. Das Restaurant hatte seinen Platz im Stadtleben, fand aber in den Geschichtsbüchern keine besondere Erwähnung mehr, bis im Mai 1972 ein Förderverein gegründet wurde, mit dem Ziel, das Kreuz zu kaufen und es von jungen Erwachsenen selbstverwaltet zu betreiben. Bereits im November war das nötige Geld beisammen. Im März des darauffolgenden Jahres gründeten 13 Mitglieder die «Genossenschaft Kreuz Solothurn». Am 13. April eröffneten sie nach einem kleinen Umbau das Lokal. Die übernommenen, etwas derben Stammgäste lieferten sich in der Anfangszeit noch manche Schlägerei. Doch schnell gewöhnten sich die neuen Gäste an das Kreuz, und es sprach sich herum, dass man hier gut essen kann. Hilfreich war sicher auch der Westschweizer Film «Une journée dans la vie du Kreuz», der 1976 auch an den Solothurner Filmtagen gezeigt wurde.

Drahtseilakt zwischen Erfolg und Zerrissenheit.

Nach einem grösseren Umbau von Küche und Restaurant spaltete sich die Gruppe bereits 1976. Ein Teil gründete später die Genossenschaft «Löwen» und dann das Restaurant «Baslertor» in Solothurn. Es existiert heute noch und ist für seine exklusive, höherpreisige Küche bekannt. Im gleichen Jahr nahm die Kreuz-Crew auch den Kulturbetrieb auf. Einen geeigneten Veranstaltungsort hatten sie im Haus. Im Kreuzsaal knarren noch heute die Bodenbretter, aber

Michael Thoben und Fritz Kaufman (unten), Küchenchef seit 2010, und Koch bereiten ein Lamm zu.



Felix Epper, Sekretär, Vorstandsmitglied im Kreuz.



er hat Charme und bietet eine perfekte Bühne für Kleinkunst. Das Programm ist seither ein wichtiger Bestandteil im kulturellen Leben Solothurns.

Aus Tradition stellt die Kreuz-Crew hohe soziale Ansprüche an sich selber. Die sind manchmal schwer einzuhalten. Die Gründergruppe übernahm quasi mit dem Inventar Päuli, einen alten Mann, der zunehmend auf Pflege angewiesen war. Das tat sie auch während vieler Jahre. Schliesslich blieb für ihn doch nur das Altersheim übrig. Der Drahtseilakt zwischen Anpassung und Widerstand war und ist konfliktträchtig. Das weiss jeder, der einmal in einer Wohngemeinschaft gelebt hat. Ein System, das auf Gleichberechtigung beruht, kann ausgenutzt werden. Eine gewisse Heidi gab anlässlich des 10-jährigen Jubiläums 1983 zu Protokoll:» ... die Leute sind einfach oberflächlicher geworden, und das merkst du halt schon, wenn du miteinander arbeitest ... die Einsicht ist nicht da ... es ist ihnen einfach schnurz und scheissegal. Sie begreifen gar nicht, welche Kraft einem eine Genossenschaft geben könnte...»

1979 schaffte die Kreuz-Gründergeneration den Vorstand ab und verteilte die Verantwortung der Betriebsführung auf

Arbeitsgruppen. Auch auf privater Ebene blieb sie experimentierfreudig und anpassungsfähig. Nachdem das Hotel aufgegeben worden war, wohnten vorübergehend Kreuzmitarbeiter dort in einer Wohngemeinschaft, später Mütter mit Kindern in den zwei Wohnungen oberhalb des Saales.

Nur wer nichts tut, macht keine Fehler

Von Anfang an galt im Kreuz das basisdemokratische Prinzip. Wer immer dort arbeitete, durfte mitbestimmen. Die Beiz war nicht nur eine Beiz, sondern ein Stück weit auch Familie – und sie ist es bis heute geblieben. Im Laufe der Jahre waren viele Änderungen notwendig geworden, denn immer wieder stiessen das Modell und die basisdemokratischen Prinzipien an ihre Grenzen. Dies illustriert folgender Protokollauszug vom 25. August 1980: «...könnte man nicht einmal beschliessen, dass beschlossene Beschlüsse, einmal beschlossen, nicht immer wieder beschlossen werden müssen, sondern mal gelten.» Bezeichnend für die Schwierigkeiten der Selbstverwaltung ist die in die Annalen

des Kreuz eingegangene «Gipfelidiskussion». Weil einige mit dem ersten Lieferanten nicht mehr zufrieden waren, bestellten sie Gipfeli bei einem Konkurrenten, während die andere Gruppe am ursprünglichen Lieferanten festhalten wollte. Das führte zu heftigen Diskussionen, bis beschlossen wurde, die Gipfeli je zur Hälfte von beiden Bäckern liefern zu lassen. Einkauf, Ferienabwesenheit, Krankheit, Einsatzpläne, Preispolitik, Buchhaltung und Personalwesen – dies alles waren Themen, die regelmässig zu Reibereien führten. Den Genossenschaftlern blieb schliesslich nichts anderes übrig, als zu versuchen, die Utopien der Realität anzupassen oder den Betrieb zu verlassen, was viele taten. Die vollkommen flache Hierarchie auch nur ein wenig zu strukturieren, war ein schmerzhafter Prozess. Gewiss: Die Pioniere der Genossenschaft Kreuz sind an vielem gescheitert – nicht zuletzt an den eigenen Ansprüchen. Dennoch verdienen sie Bewunderung dafür, dass sie mutig an einem neuen Modell der Unternehmungsführung, des Zusammenlebens und des sozialen Engagements arbeitete. Nur wer nichts tut, macht keine Fehler.

Genossenschaft als Identität

Seit 1985 besteht auch wieder das Hotel. Die Zimmer sind einfach, aber geschmackvoll eingerichtet. Auf der ersten Etage gibt es eine gut ausgestattete Küche, eine Übernachtung hier ist eine echte Alternative zur Jugendherberge. Deshalb sind Felix Epper und seine Genossinnen und Genossen zufrieden mit der Belegung – auch im heutigen, wirtschaftlich schwierigen Umfeld.

Heute ist das Kreuz etabliert und nicht mehr aus Solothurn wegzudenken. Die Gaststube verbreitet noch immer den Charme einer Zeit, als ein Bier 50 Rappen kostete. Sowohl das Restaurant als auch die Hotelzimmer und der Kreuzsaal sind einfach, zweckmässig und schön. Sie strahlen Ehrlichkeit aus und versuchen nicht mit unnötigem Schnickschnack zu bluffen. Dass es im Kreuz jetzt unter den Genossinnen und Genossen weniger stürmisch als in der Gründerzeit zugeht, hat nicht nur mit dem fortschreitenden Alter der Pioniere zu tun. Es sind längst viele neue Gesichter dazugekommen. Neben Restaurant, Saal und Hotelbetrieb gehören heute die kleine Sommerbeiz direkt am Aareufer sowie die Café-bar Landhaus dazu. Rund 40 Personen aus den verschiedensten Ländern – viele davon teilzeitlich – arbeiten hier. «Das setzt professionelle Strukturen voraus», erklärt Felix Epper. Mitarbeiter besuchten die Hotelfachschule oder liessen sich

Das Kreuz verfügt über günstige, aber schöne Hotelzimmer.



Das Restaurant Kreuz war die erste Genossenschaftsbeiz der Schweiz.



zu Köchen ausbilden. Das Kreuz bildet Lehrlinge aus und ist auch heute noch bereit, Leute anzustellen, die in irgendeiner Form soziale Probleme haben.

Die Gäste, die früher so manchen Fauxpas aus Solidarität akzeptierten, haben sich verändert. Sie essen im Kreuz, weil es schmeckt, und nicht, weil hier eine Genossenschaft selbstverwaltet arbeitet. Felix Epper: «Wir müssen die Ansprüche professionell erfüllen, wie jedes andere Restaurant auch.»

Dennoch ist die traditionelle Struktur noch immer stark. Jeden Monat gibt es eine Genossenschaftssitzung und einmal jährlich die Jahresversammlung. Die Hierarchien sind noch immer relativ flach, aber es gibt klar verteilte Verantwortlichkeiten. «Während in der übrigen Volkswirtschaft in den letzten Jahren Hierarchien eher abgebaut wurden, sind sie bei uns deutlicher geworden, so dass wir diesbezüglich keine Sonderstellung mehr einnehmen», erklärt Felix Epper. Beim Kreuz liegt die Betriebsverantwortung nun bei den Bereichsleitungen, und für das Alltagsgeschäft ist die aus den Bereichsleitern gebildete Geschäftsleitung zuständig. Die Bereiche sind das Restaurant Kreuz, das Hotel, der Kulturbetrieb und die Cafébar Landhaus. Entsprechend der grösseren Verantwortung, die einzelne Mitglieder tragen, führten die Genossenschafter irgendwann auch unterschiedliche Löhne ein. Der Kulturbetrieb ist noch heute defizitär und wird von der Genossenschaft unterstützt. Auch diese jahrzehntelange Bereitschaft, der Kultur einen hohen Stellenwert einzuräumen, zeigt: Die Genossenschaft ist noch immer mehr als bloss eine Rechtsform. Sie gibt dem Kreuz und ihren Mitarbeitern Identität. Und sie ist ihr Label.

SCHWEIZER REISEKASSE: GELEBTE SOZIALPARTNERSCHAFT

DIE 1939 GEGRÜNDETE SCHWEIZER REISEKASSE IST SEIT MEHR ALS 70 JAHREN EINE INSTITUTION IN DER FERIENLANDSCHAFT UND EIN STÜCK GELEBTE SOZIALPARTNERSCHAFT. DIREKTOR ROGER SEIFRITZ SIEHT NOCH GROSSES POTENZIAL.

Text: Urs Fitze

«Die Reka, das ist gelebte Sozialpartnerschaft, und das seit 1939», sagt Direktor Roger Seifritz und zeigt die Liste der Mitglieder des 32-köpfigen Verwaltungsrates: In diesem Gremium sitzen der ehemalige Arbeitgeberpräsident sowie Gewerkschafter, Vertreter von Grossfirmen, von Transportunternehmen und Touristiker. Wenn sie tagen, herrscht Arbeitsfrieden. Man zieht an einem Strick: Ziel ist, insbesondere Familien Reisen und Ferien bezahlbar zu machen.

Der 49-jährige kam im Jahr 2011, nach 13 Jahren als Tourismusdirektor in Gstaad, zur Reka. Zuvor hatte der Betriebswirtschaftler bei verschiedenen Grosskonzernen gearbeitet, von deren Schwerfälligkeit er noch heute ein Lied zu singen weiss. Gstaad, das sei eine «sehr positive» Erfahrung gewesen, eine spannende Aufgabe, bei der es galt, oft divergierende Interessen der 300 teils oder gänzlich vom Tourismus lebenden KMU-Betriebe des Ortes unter einen Hut zu bringen, ein Job, der neben Management- auch Mediator-Qualitäten verlangte. «Die Entscheidungswege waren sehr langsam, und die Gefahr, jemanden vor den Kopf zu stossen, stets präsent», erinnert sich Seifritz. Gstaad-Saanenland darf als Spiegelbild für den Tourismus in der Schweiz gelten, der, im Guten wie im Schlechten, geprägt ist von Föderalismus, dem bevorzugten Pflegen der eigenen Gärtli und einem zuweilen ausgesprochenen Neid auf jene, die es vermeintlich besser haben. Der gemeinsame Strick, an dem zu ziehen wäre, damit alle profitieren, wird unter diesen Umständen gerne verschmäht, stattdessen bleibt man lieber auf einem Ast sitzen, der wenig tragfähig erscheint. Doch warum zur Reka? «Ich wollte etwas bewegen», sagt Seifritz, «und die Reka, das ist eine Super-Plattform mit sehr guten Produkten, die noch einiges an Entwicklungspotenzial bieten. Die Reka ist ein KMU im besten Sinne, mit schlanken Strukturen, einem motivierten Team und einer Trägerschaft, die eine gemeinsame Vision eint: das Recht auf zahlbare Ferien für alle, wobei insbesondere Familie in unserem Fokus stehen».

Roger Seifritz, Direktor der Schweizer Reisekasse



Bald Reka-Hotels?

Mit ihren Feriendörfern und den von ihr betriebenen Ferienwohnungen ist die Reka für den Schweizer Tourismus vor allem in Randregionen von grosser Bedeutung. Eine Million Nächtigungen in der Schweiz spricht für sich. Die Reka verfolge als Genossenschaft schon seit der Gründung konsequent eine langfristige, nachhaltige Strategie, sagt Seifritz «und sie lebt als Non-Profit-Organisation soziale und gesellschaftliche Werte». Dazu zählt neben der Subventionierung der Reka-Feriendörfer auch die Unterstützung von jährlich über 1'300 Familien, denen Gratis-Ferien ermöglicht werden. Mit der Ausrichtung auf Familienferien habe die Reka in der Schweiz eine einzigartige Stellung erreicht. «Wir sind das Kompetenzzentrum für Familien». Daran wird Seifritz nicht rütteln, im Gegenteil, denn das Potenzial sei noch lange nicht ausgeschöpft. «Wir halten einen Marktanteil von sieben Prozent bei den Familien. Das ist ausbaufähig. Wir sind sehr stark im Bereich der Ferienwohnungen. Aber wir haben praktisch keine Hotelbetten, ein Segment, das jede fünfte Familien-Übernachtung in der Schweiz erwirtschaftet, und wir sind auch im Camping nicht präsent, wo mehr als ein Drittel der Familien ihre Ferien verbringt». Denkbar, so Seifritz, wäre neben einem Weiterausbau des Paradeferdes Reka-Feriendörfer also auch der Einstieg in andere Beherbergungsformen: «Damit könnten wir auch jene Familien abholen, die zum Beispiel den Komfort eines Hotels mit attraktivem Kinderangebot zu schätzen wissen».

112

Die Reka-Feriendörfer sind oft in Randregionen zu finden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung.



Was hält der Manager Roger Seifritz mit seiner langjährigen Erfahrung in verschiedenen Unternehmen und Unternehmensformen von der Genossenschaft? «Die Reka ist aus unternehmerischer Sicht ein Unikat. Die Rechtsform der Genossenschaft ist für sie richtig, weil der ideelle, sozialtouristische Unternehmenszweck die breite Trägerschaft als Netzwerk braucht. Eine Aktiengesellschaft ist sicher beweglicher, wenn es gilt, auf Veränderungen am Markt zu reagieren und Kapital zu beschaffen. Doch das steht für Reka nicht im Vordergrund. Sie ist zu einer schweizerischen Institution geworden, auf die ihre Träger stolz sein dürfen».

Unternehmer und Arbeiter im selben Boot

Die Gründung der Schweizer Reisekasse geht unmittelbar auf das 1937 abgeschlossene Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie zurück, in dem gewerkschaftliche Kampfmassnahmen verboten und Mechanismen zur Lösung von Lohnkonflikten eingerichtet wurden. Gesamtarbeitsverträge sind seither ein wichtiger Grundstein des Arbeitsfriedens in der Schweiz. Bezahlte Ferien für die Arbeitnehmer waren eine der ersten Errungenschaften dieser Sozialpartnerschaft: das demokratische Gegenmodell zu den dirigistischen, für Propagandazwecke missbrauchten Modellen im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland. Es waren die Spitzen der Arbeitgeber, der Gewerkschafter und des Fremdenverkehrs, die gemeinsam die Idee einer Reisesparkasse entwickelten, um auch jenen Arbeiterinnen und Arbeitern Ferien zu ermöglichen, die sich diese eigentlich nicht leisten konnten. Erreicht werden sollte dies durch Sparsamkeit – und gezielte Verbilligungen. Finanziert wurde alles durch Beitragsleistungen beteiligter Firmen und Arbeitnehmerorganisationen und durch Überschüsse aus Verträgen, die mit Dienstleistungsbetrieben des Tourismus abgeschlossen wurden. So gründeten die ersten 21 Mitglieder am 22. Juni 1939 die Schweizer Reisekasse als Genossenschaft mit einem Kapital von 26'000 Franken. Es war der Beginn einer Erfolgsgeschichte, die bis heute anhält. Das liegt auch daran, dass an der grundsätzlichen Philosophie der Finanzierung bis heute nicht gerüttelt worden ist. Die «Reisemarken» (heute Reisechecks), die 1940 ausgegeben wurden, waren die Währung, mit der die Ferien bei den Partnerbetrieben bezahlt wurden. Arbeitgeber bezogen diese bei der Reka, die eine kleine Marge erhob, und verkauften sie vergünstigt an ihre Arbeitnehmer weiter, die damit ihren Urlaub bei Partnerbetrieben der Reka bezahlten. Dieses System gilt unverändert bis heute. Die Reka, die die Checks mit einer Initialverbilligung von 1,5 Prozent verkauft, finanziert ihren Betrieb zum einen aus der Marge von drei Prozent, die bei den Einlösestellen erhoben wird, und zum andern aus der zeitlichen Differenz, die sich zwischen Ausgabe der Checks und deren Einlösung ergibt – im Schnitt 248 Tage. Das Geld wird am Kapitalmarkt angelegt. Verwendet werden können die Checks bei 8'700 Partnerbetrieben. Im Jahr 2011 verkaufte Reka Checks für 641 Millionen Franken. eingelöst wurden aber nur Checks im Wert von 622,2 Millionen Franken. Der Bereich Ferien und Freizeit spielt heute nicht mehr die Hauptrolle. Reka-Checks werden zu über 60 Prozent für Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln verwendet. Auch an vielen Zapfsäulen kann mit Reka-Checks bezahlt werden – Treibstoffe machen knapp 20 Prozent der Einlösungen aus. Für Ferien und Freizeit bleiben 125 Millionen Franken. Über 40 Millionen Franken Umsatz macht die Reka mit ihren Ferienangeboten, knapp 1,3 Millionen Logiernächte werden erreicht. 1964 ist das erste Reka-Feriendorf in Albonago eröffnet worden. Heute sind es zwölf, ganz auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern eingerichtet. Als Non-Profit-Organisation schüttet die Reka keine Gewinne aus. Jährlich werden über 15 Millionen Franken – durch sofortige Abschreibung der Investitionen in die Feriendörfer – für die Vergünstigung von eigenen Produkten (pro Kopf und Ferienwoche rund 20 Franken) und für die soziale Ferienhilfe verwendet.

113

MEHR FÜRS GELD

IN DER SCHWEIZ LEBEN 400'000 MENSCHEN IN GENOSSENSCHAFTSWOHNUNGEN. SIE KÖNNEN BEI DER ENTWICKLUNG IHRES EIGENEN LEBENSRAUMES MITREDEN. DAS SCHAFFT ZUFRIEDENHEIT.

Text: Martin Arnold

Die kleinsten Genossenschaften haben noch gar keine Wohnung zu vermieten. Sie sind erst im Entstehen. Die grösste Genossenschaft, die Allgemeine Baugenossenschaft (ABZ) in Zürich, verfügt über 4'700 Wohnungen. «Die Bandbreite ist sehr gross», sagt deren Präsident Peter Schmid. Nirgends sonst in der Schweiz haben Wohnbaugenossenschaften eine so grosse Bedeutung wie in Zürich. Das hat einen historisch gewachsenen Grund: Nachdem die Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr Arbeitskräfte aus den ländlichen Regionen in die Städte gelockt hatte – vor allem nach Zürich – wurde die Wohnungssituation prekär, weil die Bautätigkeit mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten konnte. So wohnten nicht selten drei Familien in einer Drei-Zimmer-Wohnung. Das führte zu schwierigen hygienischen Verhältnissen und – so fürchtete die konservative Regierung – zu sittlichem Zerfall. Es war eine sehr willkommene Initiative, als Betroffene daran gingen, sich selbst zu helfen. Seit 1907 fördert deshalb die Stadt Zürich Wohnbaugenossenschaften, denen es gelang, die drängende Wohnungsnot zu lindern. Einerseits wurden die Wohnbaugenossenschaften beim Landerwerb unterstützt, andererseits auch mit Finanzierungshilfen ausgestattet.

Nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten die Wohnbaugenossenschaften einen Boom. Es entstanden besonders viele Mietshäuser mit 3-Zimmer-Wohnungen, die damals Familienwohnungen waren. Weil die Bodenpreise in Zürich über Jahrzehnte stark stiegen, blieben die meisten Genossenschaften bis heute finanziell gesund, denn der Gegenwert für allfällige Umbauten oder die Erhöhung von Hypotheken ist vorhanden. Mit einem Marktanteil von 20 Prozent aller Wohnungen erfüllen Wohnbaugenossenschaften in der grössten Schweizer Stadt auch heute noch eine wichtige Funktion. Doch viele ihrer Gebäude sind in die Jahre gekommen. Seit einigen Jahren hat die Phase der Ersatzneubauten begonnen. Die Kinder der Familien aus den 50er-Jahren sind längst selber ältere Menschen, ihre Eltern betagt. Der Zweck der Wohnbaugenossenschaft, zahlbare Mietwohnungen für Familien zu schaffen, kann mit dem Altbestand nicht mehr erfüllt werden. Die Häuser sind auch zu ringhörig, zeigen schlechte Energiewerte und sind meist ohne Lift. Viele Genossenschaften erstellen deshalb Ersatzneubauten. Das Genossenschafts-
haus von heute verfügt über Wohnungen in verschiedenen Grössen, von zwei bis fünf Zimmern. Peter Schmid: «Wir wollen unsere Wohnhäuser besser durchmischen. Es sollen Menschen in jeder Lebensphase darin Platz finden. Das fördert eine gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe.» Ähnlich wie die

ABZ haben die meisten Zürcher Wohnbaugenossenschaften keine Probleme, Mieter und damit neue Genossenschaftsmitglieder zu finden. «Wir haben einen Leerwohnungsbestand von 0,0 Prozent und deshalb führen wir auch keine Warteliste. Es wären Tausende darauf.»

Die ABZ publiziert deshalb vermietbare Wohnungen nur auf der eigenen Homepage. Mehr Aktivitäten sind nicht nötig. Wenn die Kinder aus einer Familienwohnung ausgeflogen sind, sollten die verbleibenden Eltern in eine kleinere Wohnung umziehen, damit der Genossenschaftsgedanke weiter verwirklicht werden kann. Dies ist in den meisten Genossenschaften sogar eine Vertragsbedingung, wenn die Familien einziehen. Oft wird bei Unterbelegung den Eltern innerhalb der Genossenschaft ein entsprechendes Angebot für eine kleinere Wohnung unterbreitet. Nur wenige ziehen es dann vor, ihrer Genossenschaft den Rücken zu kehren. Denn Genossenschaftswohnungen sind beliebt. «Man bekommt günstigen Wohnraum, ein Mitspracherecht bei der Entwicklung der Genossenschaft, des Hauses und der Umgebung, man hat Einflussmöglichkeit auf den Bau der Infrastruktur und hat es mit Menschen zu tun, für die eine gute Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe keine Fremdwörter sind», erklärt Peter Schmid. «In vielen Genossenschaften gibt es zudem Gemeinschaftsräume und ein gemeinschaftsförderndes Angebot, das den Zusammenhalt stärkt.»

Für ihn ist die neue Popularität der Wohnbaugenossenschaften auch volkswirtschaftlich sinnvoll. In Genossenschaften gibt es weniger Wohnfläche pro Bewohnerin und Bewohner. Damit wird der Boden besser genutzt und die Infrastrukturkosten der öffentlichen Hand pro Person sind niedriger. Das ist auch ein wertvoller Beitrag gegen die Landschaftszersiedelung mit ihren hohen ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgekosten. Und noch eine Zahl sei interessant: Dank der günstigen Mieten erspart sich die Stadt Zürich jährlich rund zehn Millionen Franken an Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe. Wegen der höheren Dichte ist meist auch der Steuerertrag pro Hektar verbauten Landes höher. Staat und Gemeinden sparen an Infrastrukturleistungen. Das alles seien gute Gründe für die öffentliche Hand, den Bau von Genossenschaftssiedlungen stärker zu fördern. Die Investitionen fliessen mehrfach zurück.

Nachhaltig in jeder Beziehung

Wie Peter Schmid erklärt, professionalisieren sich seit rund 15 Jahren viele Wohnbaugenossenschaften. Sie entwickeln längerfristige Strategien für die Renovation, Ersatzneubauten und die Planung von Neubauten. Für ihn ist klar:



Peter Schmid, Präsident der Allgemeinen Baugenossenschaft (ABZ) in Zürich. Bild: ABZ.

«Viele Wohnbaugenossenschaften sind aus dem Dornröschenschlaf erwacht.» Als Präsident von Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Zürich, hat er einen Überblick. Im Kanton Zürich und anderen Grossstädten wie Basel oder Bern gäbe es Zeichen einer neuen Blüte. Gegenüber privaten Bauvorhaben können Genossenschaften tendenziell mit weniger Eigenkapital bauen. Die Verteilung der Haftung auf mehrere Schultern, aber auch die Erfahrung aus der Geschichte zeigt, dass Genossenschaften grundsätzlich solide Projekte entwickeln und seriös arbeiten. Früher haben sich das auch Firmen aus dem Baugewerbe zunutze gemacht und selber Wohnbaugenossenschaften gegründet. Diesen haben sie die eigenen Dienstleistungen überteuert verrechnet, sie von Anfang an über Gebühr belastet und deren Insolvenz riskiert, was in vielen Fällen auch geschehen ist. Diese Art von Scheingenossenschaften gebe es heute kaum mehr, erklärt Peter Schmid. Trotz der durchschnittlich soliden finanziellen Lage der meisten Genossenschaften sind die Schweizer Wohnbaugenossenschaften nicht wunschlos glücklich. «Durch die Förderung des privaten Wohneigentums werden wir einseitig benachteiligt. Mehr noch, diese Förderung führt zu einer Verteuerung des Bodens, was es schwierig macht, neue Projekte anzugehen», erklärt Peter Schmid. Und auch mit den gesetzlichen Vorschriften für die Führung einer Genossenschaft ist er unzufrieden: «Sie sind dem Aktienrecht angepasst, das viele Regelungen auf den Aktionärsschutz ausrichtet, was bei den Genossenschaften nicht notwendig ist.» Es sei jedoch wichtig, dass das Genossenschaftsrecht revidiert wird.»

Auch aus ökologischer Sicht könnte sich für Wirtschaft und Gesellschaft eine stärkere Förderung von Wohnbaugenossenschaften lohnen. Sie investieren deutlich mehr in das Energiesparen und den Gebrauch erneuerbarer Energien. So sind 60 Prozent aller Solarprojekte auf Dächern der Stadt Zürich bei den Genossenschaften realisiert worden. Peter Schmid: «Genossenschaften planen langfristig und nachhaltig, sie denken nicht an die schnelle Rendite, sondern stellen den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt.» www.abz.ch

Bilder: Mittelteil

Innovative Wohnform

Die Baugenossenschaft «mehr als wohnen» versteht sich als Innovationsplattform für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die beteiligten Genossenschaften und die künftigen Bewohnenden sollen schon zu einem frühen Zeitpunkt mitgestalten können, wenn neue Technologien, Wohnformen und Angebote entwickelt werden.

Die Stadt Zürich und die Zürcher Wohnbaugenossenschaften haben 2007 gemeinsam 100 Jahre städtische Wohnbaupolitik gefeiert. Aus diesem Anlass ist das Projekt «mehr als wohnen» entstanden, das von zahlreichen Wohnbaugenossenschaften getragen und auf dem Hunziker Areal in Leutschenbach realisiert wird. Mit diesem Projekt wollen die Genossenschaften zukunftsweisende Ideen umsetzen, die für künftige Wohnbaugenossenschaften Leuchttürme werden könnten. www.mehralswohnen.ch

Hommage an die die Baugenossenschaft Achslenblick

Kaugummireste herauskratzen, Scherben zusammenkehren, und das in diesem engen Loch, das als Lichtschacht dient. Es ist Putztag in der Wohnbaugenossenschaft Achslenblick in St. Gallen, und irgendeiner muss ja die dreckigste Arbeit machen. Im Frühjahr und im Herbst tun sich die Bewohnerinnen und Bewohner zusammen, um gemeinsam Haus und Umgebung auf Vordermann zu bringen und nach getaner Arbeit zusammen zu essen und zu trinken. Es ist ein Ritual, gelebt und gepflegt seit der Gründung der Genossenschaft im Jahr 1991, für einige lästige Pflicht, für andere einer der Höhepunkte im Zusammenleben. Man ist sich nahe im Achslenblick. Architektin Brigitte Traber hat die Treppenhäuser der beiden kantigen, vieleckigen Blöcke, nach aussen verlegt, um innen mehr Wohnraum zu gewinnen, und gegenüber liegend angeordnet. Ein Hauch New Orleans umweht die beiden Gebäude, ein Hauch Neapel auch, wo die Menschen in der engen Altstadt so nah aufeinander leben, dass sie nicht nur die Wäscheleinen teilen, die sie zwischen den Küchenfenstern aufspannen. Nicht, dass im Achslenblick das Innere gleich nach aussen gekehrt würde, aber die ungewohnte Anordnung der beiden Wohnblocks schafft eine Nähe, die man entweder schätzen oder ertragen muss. Doch es ist nicht nur das Bauliche. Es ist auch die Organisationsform der Wohnbaugenossenschaft, die Betonung auf Selbstverwaltung, Genossenschaftsversammlungen, Ämtli und Putztag, die jeden, der hier lebt, tangiert. Die Gründer müssen Idealisten gewesen sein, Menschen, die sich hier einen Traum erfüllten, den Traum vom Zusammenleben in einer Hausgemeinschaft, die mehr sein soll als Mittel zum Zweck. Idealisten pflegen die eigenen Ansprüche gerne zu verklären und die Realität zu verkennen. Oder ist es andersrum?

Bilder: Mittelteil

DER SPEKULATION ENTZOGEN

Für die Baugenossenschaft «Im Gut» an der Gutstrasse in Zürich ist ein neues Zeitalter angebrochen. Ein Teil der einfachen gelben Mehrfamilienhäuser aus den späten 1940er-Jahren weichen zwei neuen, ästhetisch ansprechenden Wohnblocks. Doch das genossenschaftliche Denken ist deswegen noch lange nicht ausgezogen.

In der Baugenossenschaft «Im Gut» weht ein frischer Wind. Zwei neue Wohnblocks sind das neue Aushängeschild der über 65 Jahre alten Genossenschaft. Bald gibt es 145 neue anstatt der 143 älteren Wohnungen, doch der wichtigste Unterschied besteht in der Wohnungsgrösse. Die neuen Vier- oder Fünf-Zimmer-Wohnungen haben über 100 Quadratmeter und sind damit fast 30 Prozent grösser als ihre Vorgänger. Die Zeiten haben sich geändert: Als 1949 der Spatenstich für den Bau von insgesamt 443 Wohnungen, verteilt auf 57 Wohnhäuser erfolgte, ging es darum, günstigen Wohnraum für Familien mit Kindern zu schaffen. Von grosszügigen Wohnzimmern und Küchen sprach damals niemand. Das Anliegen war von Anfang an ein soziales, und dieser Geist ist bis heute geblieben. Es ging darum, der damals schon grassierenden Wohnungsnot entgegenzutreten. Die Basis für das Projekt bildeten 3616 Quadratmeter Land, die einem Gemüsegärtner abgekauft werden konnten. Mit zusätzlichen städtischen Subventionen und der fast an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, die Wohnungen sofort vermieten zu können, gelang ein ehrgeiziges Projekt: Alle Häuser wurden innerhalb von sechs Jahren gebaut. Die Genossenschaft war von Anfang an offen für alle, die günstigen Wohnraum benötigten. Wer eine Wohnung mietete, wurde automatisch auch Genossenschaftsmitglied. Von Anfang an hat sich die Stadt Zürich, wie bei anderen Genossenschaften auch, ein Vorkaufsrecht für den Fall gesichert, dass eine finanzielle Schieflage entsteht und die Häuser verkauft werden müssten. Stefan Fricker, Geschäftsführer der Genossenschaft «Im Gut», erinnert sich, dass früher das Gemeinschaftsgefühl ausgeprägter war. «Die Genossenschafter waren stolz, hier wohnen zu können und der Genossenschaft anzugehören. Sie nutzten die jährlich wiederkehrenden Versammlungen und Anlässe regelmässig dazu, um wieder andere Familien aus der Siedlung zu treffen.» Die Jahresversammlungen waren – und sind immer noch – mit einem gepflegten Essen zum Abschluss wichtige Ereignisse im Sozialleben der Siedlung. Zudem feiern die Bewohner «Im Gut» auch

jährlich den Genossenschaftstag, wenn auch nicht datumsgenau. «Es wird für diesen Anlass ein Festzelt aufgebaut, und für die Kinder ein Kindernachmittag mit diversen Aktivitäten durchgeführt», erklärt Stefan Fricker. Dieses Fest und der traditionelle Neujahrsapéro im Gemeinschaftsraum «Zmitzt im Gut» beweisen: Ein gewisses Wir-Gefühl ist auch heute

noch in der Genossenschaftssiedlung zu spüren. Stefan Fricker: «Wir haben als Genossenschaft gewisse steuerliche Vorteile. Vor allem aber ist die Siedlung jeglicher Spekulation entzogen. Wie damals, als «Im Gut» gebaut wurde, zählt dieser Gedanke auch heute noch.

Partner für die Genossenschaft

Geändert hat sich aber der Komfort der Wohnungen. Das wird an den Neubauten deutlich, die nun entstanden sind. Die Genossenschaft betraut die Implema Generalunternehmung AG mit der Bauausführung. Implema ist Fördermitglied beim Schweizer Verband für Wohnungswesen (SVW), dem Dachverband der Schweizer Wohnbaugenossenschaften. Als Kooperationspartner und Sponsor verschiedener Anlässe kannte Implema die Bedürfnisse von Wohnbaugenossenschaften.

«Die Genossenschaft hatte über 60 Jahre nichts mit Bauen zu tun und hatte darin keine Erfahrung. Bei einem Projekt dieser Grösse ist es sinnvoll, mit einem erfahrenen Partner zusammenzuarbeiten. Wir treten Baurisiken ab, schonen unsere Ressourcen und konzentrieren uns als Bauherrschaft auf die wichtigen Entscheidungen», erklärt Stefan Fricker. Die Wohnüberbauung Les Hiboux (die Eulen) von Projektverfasser Architekt Peter Märkli besticht durch klare Linien, geometrische Formen und zurückhaltende Farbgestaltung. Die Vorderfront der über 127 Meter langen, siebengeschossigen Gebäude ist zur Gutstrasse hin eher nüchtern gehalten. Doch die nach Süden ausgerichtete Rückseite mit den besonnten, loggiaartigen Balkonen und der mit Pflanzen beschatteten, langen Galerie strahlt Wohnqualität und Behaglichkeit aus. Der Üetliberg ist nicht weit. Die benachbarte Schule «Im Gut» und die Thomaskirche sowie der angrenzende Park hinterlassen den Eindruck von Luft und Licht. Die Wohnungen sind grosszügig. Alleine schon die Raumhöhe ist mit 2.50 Metern überdurchschnittlich. Die Duschen sind barrierefrei begehbare, auf ausdrücklichen Wunsch der Genossenschafter, die eingeladen wurden, für die Ausgestaltung der Innenräume Ideen einzubringen. Trotz der Raumtiefe von 17 Metern sind die Wohnungen hell. Eine Besonderheit ist auch die Waschküche. Sie erinnert mit ihren drei nebeneinander stehenden Waschmaschinen an einen Waschsalon. Das ist vom Architekten Peter Märkli so gewollt. «Die Waschküche ist ein Begegnungszentrum», erklärt Fricker. Die Gebäude sind zwar nicht im Minergie-Standard gebaut, trotzdem legt die Baugenossenschaft «Im Gut» Wert auf Nachhaltigkeit. Solarkollektoren heizen das Wasser. Aussenhülle und Fenster sind auf dem neusten Stand der Dämmtechnologie. Das Bauvolumen der 145 Wohnungen und 130 Tiefgaragenplätze ist mit 60 Millionen Franken beachtlich.

Die komfortablen Wohnungen in einer kinderfreundlichen Umgebung haben 600 Bewerber für jene 83 Wohnungen angelockt. Alle Wohnungen sind vermietet, und fast hundert Kinder haben ein neues Daheim. Der zweite Block mit den restlichen Wohnungen wird 2014 bezugsbereit sein. Doch bereits jetzt kann das genossenschaftliche Leben an der Gutstrasse neu erblühen. Der Generationenwechsel ist geschafft, und für die vertiefte Pflege der Gemeinschaft gibt es im Quartier bald ein Café, das in einem ehemaligen Ladengeschäft eingerichtet wird.

Neues Gebäude der Baugenossenschaft «Im Gut» in Zürich.





**ÖFFENTLICHE
ZWECKGENOSSENSCHAFTEN
UND VERBÄNDE HABEN
SICH ALS DIE IDEALE
ORGANISATIONSFORM
ZUR LÖSUNG KOMPLEXER
AUFGABEN ERWIESEN.**

SOLARDÄCHER BRAUCHT DIE STADT

VOR ALLEM DIE LOKALEN ENERGIEVERSORGER WÄHLTEN FRÜHER HÄUFIG DIE GENOSSENSCHAFT ALS GESCHÄFTSMODELL. DAS KOMMT WIEDER IN MODE. SIE WÄHLEN DIESE RECHTSFORM, WEIL SIE DEREN VERBINDLICHKEIT SCHÄTZEN.

Text: Martin Arnold

Swissolar, der Schweizerische Fachverband für Sonnenenergie empfiehlt den Interessenten, die auf kommunaler Ebene Energie produzieren möchten, die Gründung eines Vereins als rechtliche Basis für die Projektausführung. Weshalb eigentlich? Geschäftsführer David Stickelberger: «Ein Verein ist der einfachste Weg zur eigenen Energieproduktion.» Aber ist es auch der sinnvollste?

Seit die Schweiz vor 20 Jahren in der Erforschung und Anwendung der Solartechnologie weltweit eine Spitzenposition innehatte, ist viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen. Mangelnde politische und staatliche Unterstützung, aber auch an der Urne gescheiterte Volksbegehren, haben die Eidgenossen auf die hinteren Plätze verfrachtet. Vorbild ist nun Deutschland, sowohl bei der Nutzung des Windes als auch der Sonne für die Stromproduktion. Dort, aber seit der Naturkatastrophe von Fukushima auch an immer mehr Orten der Schweiz, wollen die Bürger die Energiezukunft selber in die Hand nehmen. Sie misstrauen den grossen Stromkonzernen, die zentralistische Lösungen und Grossprojekte anbieten, damit sie nicht an Einfluss und Macht verlieren.

Die Energiezukunft sieht nach den Vorstellungen vieler kommunaler, neu entstandener Energieversorger dezentral und nachhaltig aus. Dabei wählt man in Deutschland häufig die Rechtsform einer Genossenschaft. Auch in der Schweiz, wenn auch in geringerer Zahl.

In St. Gallen existiert seit Januar 2012 die Genossenschaft Solar St. Gallen. Die erste Präsidentin heisst Sonja Lüthi. Sie sagt: «Wir entschieden uns gegen einen Verein und für eine Genossenschaft, weil wir für uns eine verbindliche Rechtsform suchten. Ausserdem hätte ich im Falle eines Vereins keine Lust, an jedem Jahresende die Mitgliedsbeiträge anzumahnen.»

Vor der Gründung prüften Sonja Lüthi und ihre Mitinitiantinnen und Mitinitianten auch die Varianten GmbH und AG. Dagegen sprach die komplizierte Kapitalaufstockung, die jeweils nötig wäre, wenn neue Projekte realisiert werden könnten. Sonja Lüthi: «Interessenten können jetzt einfach Anteilscheine zu 1'000 Franken zeichnen. Damit wird jemand Genossenschafter und erhält bei der Jahresversammlung ein Stimmrecht. Für uns und die Bank, von der wir Fremdkapital beziehen, haben wir so die nötige Verbindlichkeit erreicht und einen einfachen Weg gefunden, Kapital zu beschaffen.» Weshalb ist Sonja Lüthi die Verbindlichkeit so wichtig? «Ich fühle mich in der Genossenschaftsstruktur wohl. Es zeichnen andere Leute, als wenn es Aktienkäufer sind. Diese sind oft einfach an einer Dividende interessiert. Mit einer Genossenschaft wird auch eine Idee verbunden. In unserem Fall ist dies eine Energieversorgung ohne